



Kiel, 4. Dezember 2018

Nr. 379 /2018

Özlem Ünsal

„Freiwillig und selbstbestimmt“ statt „verpflichtend und fremdbestimmt“!

Zum morgigen „Tag des Ehrenamtes“ erklärt Özlem Ünsal, Kieler Landtagsabgeordnete und Sprecherin für bürgerschaftliches Engagement:

„Engagement, Solidarität und Zivilcourage sind zentral für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Solidarität bedeutet im Schulterschluss aufeinander achten und nicht Hetze und Spaltung. Dazu müssen wir uns bekennen. Dies tun inzwischen auch über 43 Prozent der Menschen in Schleswig-Holstein. Sie engagieren sich und übernehmen Verantwortung für den Zusammenhalt. Diesen Menschen gebührt unser Respekt für Ihre Arbeit.

Eine politische Debatte über die Rahmenbedingungen im Ehrenamt ist mehr als überfällig. Hierbei ist es auch notwendig, sich mit der Zukunft der Freiwilligendienste zu beschäftigen. Deshalb fordern wir mit unserem bereits eingebrachten Antrag die Landesregierung auf, zeitnah Gespräche mit Freiwilligendienstlern und Trägern aufzunehmen, um die Rahmenbedingungen zu diskutieren, zu verbessern und die Anerkennung der geleisteten Dienste weiter zu erhöhen. Dieser wird diese Woche im Sozialausschuss behandelt.

Daher begrüßen wir auch den gestrigen Vorstoß der Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD), bei der sie unter anderem einen Rechtsanspruch auf Förderung aller Freiwilligendienstvereinbarungen, höheres Taschengeld und einen Zuschuss zum ÖPNV fordert. Das Konzept ist ein Gegenmodell zu dem von CDU vorgeschlagenen Pflichtjahr, das die SPD ablehnt.

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Die Träger der Freiwilligendienste fordern zu Recht eine klare Absage an jegliche Versuche, gesellschaftliche Pflichtdienste in die Diskussion zu bringen und ihre (Wieder-) Einführung voranzutreiben. Die Antwort auf Anerkennung kann nicht heißen: „Verpflichtend und fremdbestimmt“ statt „freiwillig und selbstbestimmt“! Glücklicherweise sind die verfassungsrechtlichen Hürden hierfür extrem hoch. Das hat auch mit den Erfahrungen mit dem „Reichsarbeitsdienst“ der Nationalsozialisten zu tun.“